

Universitätsstadt noch immer nicht in den Köpfen der Entscheidungsträger angekommen

Den rund 30 Studierenden, die heute der Stadtrats-Sitzung beiwohnten, bot sich ein Trauerspiel. Bei der Debatte um die Vergabe der alten Jugendherberge in der Siegener Oberstadt, wurden Fakten und daraus logisch folgende Konsequenzen von einigen Ratsmitgliedern schlichtweg ignoriert. Anders lässt sich insbesondere das Verhalten der Grünen- und der CDU-Fraktion nicht erklären.

Der gemeinsame Antrag von SPD und Linke, die Gespräche mit dem privaten Investor JUFA einzustellen und ausschließlich mit dem Studentenwerk über die Einrichtung eines Wohnheims zu verhandeln, wurde vom Stadtrat abgelehnt. „Wir wollen keine Studenten in der Oberstadt!“ war aus den Reihen der Grünen in einem Redebeitrag zu vernehmen, deutlicher geht es nicht. Oder auch die Bedenken von Stadtbaurat Stojan, man solle sehr gut überlegen, an wen man dieses „Filetstück“ mit Blick auf nachhaltige Qualitätsentwicklung geben möchte, Studierende waren hier nicht gemeint. Dabei war eines ganz klar: Die Stadt Siegen hat kein Geld und JUFA will Geld sehen. Zunächst rund 30.000€ für eine Machbarkeitsstudie und bei positivem Ergebnis einen vermutlich siebenstelligen Betrag als Investitionszuschuss.

Immerhin, nach Antrag der UWG war sich der Rat einig, dass man für eine Machbarkeitsstudie kein Geld in die Hand nehmen möchte. Dies kommt vermutlich einem Ende der Zusammenarbeit mit JUFA gleich, führt jedoch zu einer enormen Zeitverzögerung. Dem objektiven Betrachter ist der Sinn nicht zu erschließen, da auch der Kämmerer der Stadt Siegen noch einmal verdeutlichte, dass JUFA – wie an allen bisherigen Standorten auch – nach einer positiven Machbarkeitsstudie einen Investitionszuschuss verlangen wird, den die Stadt Siegen in Zeiten des Nothaushalts nicht aufbringen kann. Also bleibt am Ende nur das Studentenwerk übrig, dann jedoch zu spät.

Der Stadtrat hat heute die Chance verpasst, sich zur „Universitätsstadt“ Siegen zu bekennen. Wir werden ein zusätzliches Wohnheim bekommen, jedoch definitiv nicht zum Wintersemester 12/13 und damit dem doppelten Abiturjahrgang. Die „Couch-Surfing“ Anfragen der zukünftigen Erstsemester werden wir an die Ratsmitglieder der CDU, FDP, UWG und Grünen weiterleiten.